

Währungsreform und Marshallplan. Rede am 20. Juli 1948 im Badischen Landtag

(S. 14) Abgeordnete! Der Herr Staatspräsident nimmt heute in Frankfurt, wohin er berufen worden ist mit den übrigen zehn Ministerpräsidenten Westdeutschlands, die Stellungnahme der westlichen Militärbefehlshaber zu dem Inhalt der von den elf deutschen Ministerpräsidenten eingenommenen Auffassung über Westdeutschland und seine Zukunft entgegen. Ich führe diese Tatsache an, weil über die Währungsreform nicht gesprochen werden kann, ohne sie im Zusammenhang mit dem ganzen Komplex der neuen Ordnung des politischen und wirtschaftlichen Lebens überhaupt zu sehen. Wir können aber heute nicht über die Fragen, die in Frankfurt und Koblenz behandelt wurden, sprechen, weil wir vorher zweckmäßigerweise die neue Situation, also nach der Erklärung der westlichen Befehlshaber, kennen sollten. Wenn aber trotzdem über die Währungsreform gesprochen werden soll und über einzelne Fragen, die mit ihr zusammenhängen, so wollen auch wir einiges dazu sagen. Wir behalten uns aber vor, zu den politischen Fragen nach Rückkehr des Herrn Staatspräsidenten, hoffentlich morgen, zu sprechen, wenn wir Klarheit darüber haben, was in Frankfurt beschlossen wurde.

Aufgefallen ist uns, daß alle Parteien gegenüber der Aussprache, die wir vor einigen Wochen gehabt haben, äußerst skeptisch zu den Auswirkungen der Währungsreform standen und unsicher waren, ob die Währungsreform tatsächlich eine Reorganisation unseres Wirtschaftslebens, einen Gesundungsprozeß unserer Wirtschaft, einzuleiten vermag. Vor drei Wochen noch hat zum Beispiel der Abgeordnete Schüttler festgestellt, man müsse auch von Seiten der Arbeiterschaft diese Währungsreform begrüßen. Inzwischen aber haben sich die Einwände gegen und die kritischen Betrachtungen über die Währungsreform sehr verstärkt bis in die Schichten hinein, die ursprünglich hofften, die Währungsreform bedeute die Lösung aller bisherigen Schwierigkeiten. Inzwischen stellte sich nämlich zum Beispiel heraus, daß die etwa zwei Milliarden D-Mark der Kopfquotenzahlungen sich schon zum großen Teil in den Händen der Unternehmer und Händler befinden, die vor der Währungsreform Waren zurückgehalten und gehortet hatten.

Breite Schichten der Arbeiter und Angestellten können nichts mehr kaufen, weil die Preise sprunghaft steigen. Sobald die Kopfquote und die ersten Löhne verbraucht sein werden und die kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen einsetzen, um die drohende Deflation zu verhindern, wird sich herausstellen, daß alle Anstrengungen darum ergebnislos sein werden, weil ausreichende Rohstoffe fehlen, die Kredite zu teuer sind und den arbeitenden Massen unerhörte Lasten aufgebürdet werden müssen. Die Durchführung der mit dem Marshall-Plan und der Währungsreform geforderten sogenannten „freien Wirtschaft“ verlangt die Angleichung der

deutschen Preise an die Preise des Weltmarktes. Das bedeutet, wie schon gesagt, eine unerträgliche Preissteigerung, die es breiten Schichten des Volkes unmöglich macht, das Lebensnotwendigste zu kaufen, wenn die Löhne die gleichen bleiben. Der Landtag müßte darum heute schon fordern, daß die Preise herabgesetzt und die Löhne erhöht werden, wenn er sich nicht an der fort- **(S. 15)** schreitenden Verelendung der Lohn- und Gehaltsempfänger mitschuldig machen will.

Es ist gar nicht daran zu denken, daß die kapitalistische Währungsreform und die damit ausgelösten wirtschaftlichen Maßnahmen zu einer Konsolidierung führen könnten. Wir haben deshalb auch in der Unterredung mit Herrn Gouverneur Pène, bei der die übrigen Parteien die Aufhebung der Warenbewirtschaftung wie in der Bizone forderten, zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Wirtschaftsordnung erstreben, bei der die Produktion schon im Betrieb kontrolliert erfaßt und dann gerecht verteilt wird. Die Kontrolle soll aber nicht von den französischen Behörden, sondern von den Betriebsräten durchgeführt werden, damit das durch die Arbeit der Werktätigen Geschaffene auch denen zugutekommt, die die ganze Last der Produktion und ihrer Schwierigkeiten zu tragen haben. Glauben Sie nicht, verehrte Kollegen, daß die deutsche Wirtschaft jemals auf kapitalistischem Wege reorganisiert und selbständig werden kann. Es ist eine Illusion, der Sie nachjagen. Sie sagen zum Beispiel: Wir müssen durch einen freien Außenhandel direkte Beziehungen mit dem Ausland anknüpfen. Dabei wissen Sie aber gleichzeitig, daß die Außenhandelskontrolle bei den Besatzungsmächten liegt und dort bleiben wird, gleichgültig, ob der Office-Max mit der JEIA vereinigt wird oder nicht. Im Gegensatz zu Ihnen sind wir dafür, daß das Ruhrgebiet nicht unter der Kontrolle einer internationalen Behörde steht, sondern unter deutscher Kontrolle und unter der Verwaltung des deutschen Staates. Sie haben noch nicht begriffen, daß der Marshallplan nichts anderes bedeutet als die dauernde Indienststellung der deutschen Produktionskapazität für das amerikanische Kapital und seine Helfershelfer. Glauben Sie doch nicht, daß den deutschen Kapitalisten ein ausreichender Spielraum gelassen wird, um eigene Geschäfte zu tätigen (Sehr richtig!). Unser Volk soll zum Werkzeug, zum Dienstknecht des internationalen Kapitals gemacht werden. Nur wer diese Gefahr nicht erkennt, kann die sozialistische Ordnung aufzuhalten versuchen und seine Zustimmung dazu geben, daß das Ruhrgebiet zu einer Basis gemacht wird, von der aus selbst eine kriegerische Auseinandersetzung zur Sicherung des internationalen Kapitals möglich ist. Dazu geben die Bestimmungen des sogenannten Weststatuts jede Handhabe. Darum hätten die Ministerpräsidenten in Frankfurt zu den Proklamationen nein sagen und auch die Währungsreform ablehnen müssen. Die Parteien zum mindesten hätten in den Landtagssitzungen erklären müssen, daß sie die Währungsreform nicht mitmachen, weil sie keinen Ausweg darstellt. Bei der Rede des Kollegen Dr. Waeldin habe ich einen Zwischenruf gemacht, weil er den General Clay falsch zitierte. General Clay sagte nämlich nicht, wie Kollege Dr. Waeldin ausführte, die Deutschen trügen keine Verantwortung für die Währungsreform,

sondern er sagte: „Ich weiß, daß ich keiner deutschen Stelle die Verantwortung für die Durchführung dieser Währungsreform auferlegen kann.“ Das ist etwas ganz anderes. General Clay weiß ganz genau, welchen letzten Zwecken die Währungsreform dient, er weiß, daß sie nur die Schlinge, die den Deutschen um den Hals liegt, so weit lockert, daß das deutsche Volk im Westen noch Luft holen, atmen und arbeiten kann im Dienst und in der Abhängigkeit von den eigenen und den ausländischen Kapitalisten. General Clay betonte vor kurzem, daß eine selbständige deutsche Wirtschaftsführung schon deshalb unmöglich sei, weil bereits jetzt schon in der Bizone für 1,8 Milliarden Mark ausländisches Kapital investiert sei.

Noch einige Worte über die Eintauschquote der Besatzungsmacht. Wir haben in unserer Zeitung Tatsachen veröffentlicht, aus denen die unterschiedliche Regelung für die französische Besatzung hervorgeht. Wir haben auch an der Unterredung der Parteien bei Herrn Gouverneur Pène über diese Fragen teilgenommen. Dabei stellte sich heraus, daß sich tatsächlich die in den Supplements angeordneten Umtauschmethoden für alle möglichen französischen Organisationen sehr eindeutig von dem unterscheiden, was die Währungsreform der deutschen Bevölkerung gebracht hat. Wir sind durchaus der Meinung, daß diese Sonderregelung nicht in Ordnung ist und eine Ungerechtigkeit bedeutet, sonst hätten wir dagegen in der Presse nicht Stellung genommen. Es ist aber falsch anzunehmen – wie das aus den Ausführungen einzelner Kollegen geklungen hat –, daß etwa diese ungerechtfertigte Art des Geldumtausches an die Besatzungsbehörde einen wesentlichen Grund für die bedauernswerten Folgen der Währungsreform darstellt.

Es ist durchaus nicht gesagt, daß die D-Mark darum nur noch 20 Centimes gilt, weil sehr hohe Beträge in die Schweiz verschoben wurden. Das kann auch damit zusammenhängen, daß man zur D-Mark kein Vertrauen hat, weil sie kein im Ausland gültiges Zahlungsmittel ist, sondern eine Binnenwährung. Auch viele von Ihnen hatten die Illusion, die D-Mark sei eine Devise. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß die Schweiz und überhaupt das Ausland von unserer Binnenwährung nichts wissen will, für die es keine sichtbare Deckung gibt, deren Emissionshöhe unbekannt ist und die deshalb selbst in unserem Volk schon Demontage-Mark genannt wird. Sie meinen, wenn dieses Währungs- und Wirtschaftsexperiment mißlingt, dann käme die Katastrophe. Das ist ein Irrtum. Dann, wenn die Illusion des Marshallplanes geplatzt sein wird, werden die breiten Massen des Volkes, auch des Mittelstandes, erkennen, daß der Weg, den Sie als den einzig möglichen bezeichneten, nicht zur politischen Freiheit, nicht zur wirtschaftlichen Sicherung führte, sondern zu einer Verschlimmerung unserer Lage und zu einer direkten Abhängigkeit vom Ausland. Dann wird die breite Masse des Volkes mit uns gehen, weil sie erkennt, daß der von uns schon immer vorgeschlagene Weg einer planvollen und kontrollierten Wirtschaft die Sicherung eines erträglichen Lebens gewähr-

leistet und zur Freiheit führt, die notwendig ist, wenn Deutschland nicht untergehen soll.

(S. 19) Verehrte Kollegen! Beinahe hätte ich gesagt: Verehrte Zuhörer! Wenn wir uns über die Themen Kriegsgefangenenfrage und Berlin unterhalten wollen, so sind wir dazu jederzeit bereit. Wir werden in Freiburg einmal den größten Saal, eben wenn der Landtag zusammentritt, mieten und dazu die Bevölkerung einladen. Jede der vier Parteien soll dann referieren, und es wird interessant sein festzustellen, wie die Situation am Schluß sein wird

Ich will darum jetzt nur auf die Ausführungen eingehen, die der Abgeordnete Geiler gemacht hat. „Wir werden zunächst einmal die Wirtschaft einem Gesundungsprozeß entgegenführen“, sagte er, „und dann erst zu gegebener Zeit sozialisieren“. So war es doch, Kollege Geiler? Eine erstaunliche Entwicklung, die die Sozialdemokratische Partei seit 1945 genommen hat! Einer der Gegensätze zwischen meiner Partei und der Sozialdemokratischen Partei bestand darin, daß wir in dieser Zeit der kapitalistischen Destruktion, der wirtschaftlichen Anarchie, der völligen Auflösung unseres Wirtschaftslebens alles tun wollten, um aus dem Chaos herauszukommen, gemeinsam mit all denen, die guten Willens waren, auch den Unternehmern. Das war der Inhalt des Aufrufs meiner Partei vom 11.6.1945. Die Sozialdemokratie aber schrie damals: „Die Kommunisten verraten den Sozialismus!“ Wir wollten nicht nur im Osten, sondern auch hier im Westen eine Reorganisation der Wirtschaft. Wir wollen Rohstoffe sammeln, Maschinen wiederherstellen, bei Demontagen verhindern, daß sich dieselben auch auf die Friedensindustrien ausdehnen, wir wollten den verbleibenden Maschinenpark in Ordnung bringen, allerdings unter der Bedingung der Betriebskontrolle durch die Arbeiterschaft. Wir wollten die Demokratisierung der Wirtschaft, wir wollten entscheidenden Einfluß der arbeitenden Schichten in den Betrieben zur Sicherung dagegen, daß aufs Neue eine kapitalistische Wirtschaft entstehe. Wir wollten ein Verbot der Unternehmerverbände und den Zusammenschluß der Sozialisten und Kommunisten zu einer großen Partei. Ein ganz klares Programm! Aber welche Stellung hat die Sozialdemokratische Partei eingenommen? Ihr war das alles viel zu wenig! Schumacher machte den Sozialismus zur „Forderung des Tages“. Noch 1946 erklärte die Sozialdemokratische Partei die Sozialisierung der Grundstoffindustrie, die Sozialisierung des Ruhrgebiets und betonte, daß sie die Reorganisation des Westens mit kapitalistischen Vorzeichen mit allen Mitteln bekämpfe. Die Labour Party erklärte, daß das Ruhrgebiet unter keinen Umständen den Kapitalisten ausgeliefert werden dürfe. Gestern wurde in der „*Frankfurter Rundschau*“ bekanntgegeben, daß man die Sozialisierung hinauschieben müsse, bis eine gesamtdeutsche Regierung sich mit der Frage beschäftigen könne. Der Marshallplan, den die SPD begrüßt, setzt voraus, daß die Sozialisierung nicht erfolgt. Das ist gar keine Frage. Ich könnte dafür 10, 20 Aussprüche aus dem amerikanischen Repräsentantenhaus und aus dem Wirtschaftsrat in Frankfurt zitieren.

ren. Aber so liegen die Dinge. Man kann die Auffassung vertreten, daß auf diesem Wege der Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Deutschland getrennt wird, aber dann ist man kein Sozialist (Tumultuarische Unruhe, störende Zwischenrufe, Glocke des Präsidenten). Meine Herren, ich wundere mich, daß Sie sich so aufregen (Erneute Unruhe, Glocke des Präsidenten.).

Das, was die CDU will, dürfte eigentlich auch die Sozialdemokratie wollen. Wenn Sie, Herr Dichtel, am Schlusse davon sprechen, daß etwa wir der Meinung sind, daß Sie nicht aus innerer Verantwortlichkeit Ihre Politik treiben (Unruhe im ganzen Haus), dann ist das ein Irrtum Ihrerseits. Wir sind der Überzeugung, daß die politischen Parteien Organisationsformen der verschiedenen Schichten und Gruppen unseres Volkes sind und darum verschiedene Auffassungen zu vertreten haben (Erneute Unruhe). Es ist also Ihr gutes Recht und Ihre Pflicht, Ihre Auffassung hier zu vertreten. Aber genau das gleiche müssen Sie uns zubilligen und nicht so tun, als ob Sie allein eine Überzeugung hätten (Lärm und dauernde Unterbrechung des Redners). Glauben Sie, daß einer von uns das hätte ertragen können, was über uns in der Nazizeit hinweggegangen ist, ohne von der Richtigkeit unseres Weges überzeugt zu sein? In vielen Fragen steht zwischen uns und den Sozialdemokra- **(S. 20)** ten überhaupt kein Unterschied, aber zwischen den beiden Arbeiterparteien einerseits und den bürgerlichen Parteien andererseits gähnt ein Abgrund, da diese die sozialistische Ordnung nicht wollen, sondern die kapitalistische bürgerliche Ordnung noch einmal retten möchten.

Wir sind allerdings der Meinung, es sei falsch zu sagen, man könne nicht eine zusammengebrochene Wirtschaft zum Sozialismus führen. Das ist durchaus möglich, wenn wir die arbeitende Bevölkerung unabhängig von allen weltanschaulichen Verschiedenheiten zusammenfassen und sie zu Trägern der neuen Ordnung machen. Die Arbeiterklasse, d. h. die Arbeiter, die Angestellten, die Techniker, Ingenieure, Menschen der fortschrittlichen Intelligenz, wird die politische Macht erringen und die durch Krieg und Mord, durch Bomben und Granaten vernichtete Wirtschaft ohne ausländische Kapitalisten und Ausbeuter neu aufbauen. So stellen wir uns das vor, Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei! Darum wäre jetzt der Augenblick gekommen, die Forderung nach der Einheit Deutschlands zu erheben, nach der deutschen Souveränität, nach einer deutschen Wirtschaft, die trotz aller Schwierigkeiten eine sozialistische Gemeinwirtschaft sein wird, die den Feinden der Arbeiterklassen nicht noch einmal neue Ausbeutungsmöglichkeiten gibt wie schon einmal nach dem ersten Weltkrieg.

Nun zum sogenannten Staatskapitalismus. Wenn ich dieses Wort höre, wird es mir immer schlecht (Lachen). Lachen Sie nicht zu früh, meine Herren, es könnte blamabel für Sie werden! Die Sache ist nämlich die: Wenn sich jemand überhaupt mit sozialistischer Theorie beschäftigt, dann weiß er, daß man unter „Kapitalismus“ nicht die mehr oder minder große Zusammenballung von Geld versteht, sondern

ein Wirtschaftssystem, das die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in die Hände von Privatbesitzern, von einzelnen Kapitalisten legt, ein System, das aus der Arbeit des schaffenden Menschen den Mehrwert realisiert und damit die Grundlage zur Ausbeutung der Massen schafft. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kommen die von den Produzierenden geschaffenen Werte nicht der Gesamtheit, sondern demjenigen zugute, der die Produktionsmittel besitzt. In der Sowjetunion trägt die Wirtschaft kein einziges dieser Merkmale. Die sozialistische Wirtschaft der Sowjet-Union hat die Produktionsmittel der im Staat organisierten Volksgesamtheit unterstellt (Zwischenruf: Auf dem Papier!). Wer das bestreitet, der kennt die Dinge nicht. Was in der Sowjetunion erarbeitet wird, kommt nicht einzelnen zugute, sondern der Gesamtheit (Lachen), direkt und indirekt. Und nun sagen Sie weiter: Es gibt dort drüben auch Schichten, die einen bekommen viel, die andern bekommen weniger. Sie haben ganz Recht. In der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion werden Leute, die viel leisten, die einen Betrieb leiten, die besten Ingenieure, Techniker und Chemiker, die für die Gesamtheit ihr ganzes Dasein und ihre besonderen Fähigkeiten einzusetzen bereit sind, selbstverständlich entsprechend ihrer Leistung bezahlt (Abg. Dichtel: Also doch Kapitalisten!). Der Unterschied ist aber der, daß sie mit all dem, was sie verdienen, sich nichts kaufen können, wodurch sie andere wieder auszubeuten vermögen, also Kapitalisten werden können. Wenn in der Sowjet-Union alles gleich wäre, wenn der Hilfsarbeiter genau das gleiche bekäme wie der rote Direktor, wie der Leiter eines großen Kombinats, dann würden Sie sagen: Da sieht man es ja, kommunistische Gleichmacherei! In der sozialistischen Wirtschaftsordnung entscheidet die Leistung darüber, was der einzelne Mensch für sich in Anspruch nehmen kann. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung leisten die am meisten, die am wenigsten für sich in Anspruch nehmen können, und viele gibt es da, die überhaupt nichts leisten und das, was die anderen erarbeiten, für sich in Anspruch nehmen. Das kann niemand von Ihnen bestreiten (Abg. Dichtel: Früher sprach man anders!). An diesen Dingen gibt es nur dann etwas zu ändern oder mit Eingrenzungen zu versehen, wenn man mir nicht glaubt, daß ich in diesen Dingen kompetent bin. Es ist die offizielle und authentische Auffassung der kommunistischen Bewegung in der ganzen Welt. Es ist also unmöglich, von einem Staatskapitalismus in der Sowjetunion zu reden.

Und nun zur Ostzone, obwohl ich mich immer bemühe, die Ostzone aus der Diskussion herauszulassen, und zwar nicht aus Angst vor Ihnen, sondern weil ich weiß, daß wir hier ganz andere Voraussetzungen haben als in der Ostzone. Aber wenn schon, Sie sollen auch darüber Auskunft bekommen, Herr Kollege Dichtel. Sie haben vorhin gesagt, daß das „russische Kapital“ die Ostzone ausbeute (Sehr gut!) genau wie im Westen die westlichen Kapitalisten. Der Unterschied ist nur der, daß im Westen der deutsche Monopolkapitalismus mit ausländischer Hilfe seine Machtpositionen zur Ausbeutung des deutschen Volkes wiederaufrichten will, während im Osten die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion, die ein sozialistischer Staat

ist, die wirtschaftlichen Mittel einströmen, um die durch die Hitlergewaltherrschaft niedergebrochene Wirtschaft wieder zu beleben und den Sozialismus vorzubereiten (Lachen, Unruhe). Sie haben darauf angespielt, daß es in der Ostzone sogenannte SAG's gibt. Sie haben zwar den Namen nicht gesagt, aber Sie haben es gemeint. Bis 1950 werden alle diese Sowjetaktiengesellschaften wieder in der Hand des deutschen Volkes sein. Von ihnen sind bereits wieder 38 in den letzten drei Vierteljahren zurückgegeben worden. Diese SAG-Organisation war darum notwendig, weil dadurch bestimmte Betriebe, die sonst für die Sowjetunion demontiert worden wären, in Deutschland zum Wiederaufbau eingesetzt werden konnten. Sie sollen später dazu dienen, die deutsche Gemeinwirtschaft in der Ostzone zu fundamentieren.

Damit sind wir bei den volkseigenen Betrieben, die Sie vorhin lächerlich zu machen versuchten. Die volkseigenen Betriebe sind allerdings eine neue Form der Bewirtschaftung. Sie sind nach unserer Auffassung wesentlich zuverlässigere Fundamente für eine Währung und eine Produktion als die anarchischen Zustände der Wirtschaft in Westdeutschland. Auf dem Fundament der volkseigenen Betriebe, die 45% der Produktion in der Ostzone zusammenfassen, läßt sich die Wirtschaft so gestalten, daß wenigstens die Grundelemente einer **(S. 21)** geordneten Wirtschaft gegeben sind. Wenn auch unter Schwierigkeiten, wird trotz aller Angriffe ihrer Gegner im Osten eine Wirtschaftsordnung aufgebaut. Im Westen aber gerät die Wirtschaft immer mehr in die Abhängigkeit ausländischer Kapitalistengruppen. Das bedeutet wirtschaftliches Elend für die Massen, die Versklavung unseres Volkes. So sehen wir die Dinge.

Ein Wort zu Berlin. Der törichten und demagogischen Parole „Rettet Berlin“ stellen wir die Forderung entgegen: „Rettet Deutschland!“ Auch wir bedauern die bedrängte Lage der Berliner Bevölkerung. Wir wissen auch, daß diese bedrängte Lage der Berliner die Folge der Auseinandersetzungen und Spannungen zwischen den Besatzungsmächten ist. Von uns Deutschen müßte alles getan werden, um diese Spannungen nicht noch größer werden zu lassen. Wir hoffen, daß die Alliierten sich über Deutschland einigen. Wir fordern einen Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungsmächte (Oho-Rufe). Ich weiß, daß selbstverständlich die Bevölkerung in den Westsektoren Berlins in einer unangenehmen Lage ist, ich weiß aber auch durch persönliche Beziehungen nach der ganzen Ostzone, daß alles menschenmögliche getan wird, um die Lage zu verbessern. Außerdem ist heute Nachmittag durchs Radio bekanntgegeben worden, daß die Sowjetunion aus Rußland 100.000 Tonnen Getreide und andere Lebensmittel für die Deutschen der Westsektoren einführt. Es ist aber erstaunlich, wenn ein politisch führender Sozialdemokrat wie Professor Reuter folgende Hetze gegen die Sowjetunion starten kann: „Hoffentlich versteht die Sowjetunion das Dröhnen der Flugzeugmotoren über Berlin, bevor es für sie zu spät ist.“

Es ist schade, daß wir hier keine öffentliche Versammlung haben, denn wir hätten noch so einiges auf dem Herzen. Aber damit will ich schließen.

Sie, meine Herren, werden alles tun, um die Währungsreform durchzuführen. Sie werden den Marshallplan verteidigen. Wir werden den Marshallplan, den wir ablehnen, nicht sabotieren, wie Sie glauben. Das fällt uns gar nicht ein. „Marshallen“ Sie ruhig so weiter, soviel Sie wollen, wir werden aber feststellen, wie sich dieser Marshall-Plan in der Praxis für unser Volk auswirkt. Wir werden unserem Volke zeigen, daß dieser Marshallplan zur Zerreißung Deutschlands an den Rand eines neuen Weltkrieges, zur Aufrüstung Westdeutschlands und dazu führt, daß die deutschen Arbeitslosen unter den zur Industriepolizei organisierten Ausländern, die nicht mehr zurückgehen wollen, wieder einmal Landsknechte sein werden, wie sie es schon einmal gewesen sind. Und dagegen wehren Wir uns.

Und noch eines: Wir bestreiten nicht, daß auch Sie von Ihrer Sicht aus den besten Willen haben, einen Ausweg zu finden, aber das ist die Tragik der Situation in der Sie sich befinden, daß Sie aus dem Vergangenen heraus die Maßstäbe Ihres Wollens ableiten und versagen müssen, weil die neue Struktur des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht mit den Methoden einer untergehenden Epoche geschaffen werden kann, sondern nur dadurch, daß man trotz aller Schmach und Not neue Methoden anwendet und neue Wege geht zu einem neuen Ziel.

In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 27. Sitzung vom 20. Juli 1948, S. 14-15, S, 19-21.